Dr. Rüdiger Blaschke
Am Uellenberg 12
42119 Wuppertal

31.08.2021

Konzept

Erläuterungen zu TOP 3.11
Hauptausschuss-Sitzung vom 02.09.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch den Anfang der Benennung dieses Tagesordnungspunkts:

> Antrag gemäß § 24 GO NRW -

halte ich für fehlerhaft.

Auch hier habe ich keinen Antrag gestellt, sondern eine Anregung eingereicht. Nicht nur, dass in der Hauptsatzung Anregungen als „Bürgerantrag“ bezeichnet werden, halte ich für problematisch, wenn ein „Bürgerantrag“ wie ein gewöhnlicher „Antrag“ behandelt wird. Für noch problematischer halte ich es, wenn der Eindruck entsteht, dass Mitarbeiter der Verwaltung versuchen eine Anregung unter Umgehung des Rats abzuwickeln.

In meiner Anregung vom 21.03.2021

> zur Neubehandlung der Anregung „Parküberwachung auf Fuß- und Radwegen“ (VO/0511/20) durch den Ältestenrat unter Berücksichtigung des stadtplanerischen Systemcharakters von Verkehrsproblemen.

ging es darum, dass mir der Ansatz des Autors der betreffenden Anregung als zu eng erschien, dass wir vielmehr davon ausgehen sollten, dass zur Lösung von Verkehrsproblemen aufeinander abgestimmte Maßnahmen unterschiedlicher Ressorts erforderlich sind. Ich wöllte verhindern, dass der zu befürchtende negative Beschluss zu TOP 8 in der

> Niederschrift
>
> über die Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit …am 28.04.2021

überhaupt gefasst wird.

Bestärkt werde ich in meiner Meinung dadurch, dass die Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/die Grünen zum Fairen Parken durch den Geschäftsbereich 1 – u.a. Mobilität,– beantwortet wurde, aber auch auf den Geschäftsbereich 2.2 – u.a. Sicherheit und Ordnung – hingewiesen wurde. Aber gerade für langfristige Lösungen von Problemen des Gehwebparkens ist

wohl auch die Mitarbeit des Geschäftsbereichs 3 – Wirtschaft, Stadtentwicklung, Kimiaschutz, Bauen und Recht wünschenswert.

Dass es verwaltungsintern ein ressortübergreifendes Gespräch zum Thema „Gehwegparken“ gegeben hat, legt ein Schreiben aus dem Ordnungsamt von Frau Schick an mich vom 05.07.2021 nahe. Das las sich aber so, als ob die die beteiligten Vertreter Fachverwaltungen oder auch nur des Ordnungsamts unter Umgehung des Rats eine abschließende Stellungnahme abgeben wollten.

In einer repräsentativen Demokratie kommt es aber letztlich darauf an, dass sich die Mandatsträger eine eigene Meinung bilden, was getan werden soll. Dafür, wie das geschieht, ist dann die Verwaltung zuständig.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.